

1.1 Wie wollen Sie Coming-outs unterstützen – von Vorbildern (Politiker_innen, Lehrer_innen) und von jungen Menschen?

Seit dem öffentlichen Coming-Out von Klaus Wowereit 2001 – das erste eines Spitzenpolitikers in der Bundesrepublik überhaupt – hat sich in der Anerkennung von LSBTIQ*-Personen in Deutschland vieles zum Guten verändert. Dass Politiker*innen und andere Menschen des öffentlichen Lebens sich als homo- oder bisexuell outen, ist mittlerweile in der Öffentlichkeit weitestgehend anerkannt, eine Aberkennung von Kompetenz oder ähnliche Formen der Ablehnung selten geworden. Dennoch sind LSBTIQ*-feindliche Äußerungen im persönlichen Umfeld und vor allem im Netz durchaus ein Problem, welches ein Coming-Out sowohl bei Prominenten als auch bei Nicht-Prominenten weiterhin verhindern kann.

Wir wollen daher in der kommenden Legislatur das Aktionsprogramm für die Akzeptanz von LSBTIQ*-Personen in Sachsen-Anhalt evaluieren und weiterentwickeln. Die Maßnahmen und Ziele in diesem Programm sollen dabei zukünftig in allen politischen Handlungsfeldern verbindlich festgeschrieben sein. Eine Rückkopplung mit den queeren Verbänden und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen halten wir dabei für geboten.

Besonders für junge LSBTIQ*-Menschen ist es darüber hinaus notwendig, dass in den Schulen sowie Kinder- und Jugendeinrichtungen eine für sie sichere, das Coming-Out unterstützende, Atmosphäre besteht. Hierzu wollen wir zum einen die pädagogischen Fachkräfte in Aus-, Fort- und Weiterbildung sensibilisieren, zum anderen Bildungsprozesse zur sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt deutlich ausbauen (s.u., Frage 2).

1.2 Sind Ihnen geoutete bisexuelle Politiker_innen in Ihrer Partei bekannt? Wer?

Coming-Outs sind Prozesse, die selbstbestimmt erfolgen müssen. Nur die jeweilige Person selbst kann entscheiden, wie viel sie über sich Preis geben möchte; nicht jeder will seine sexuelle Orientierung bekannt geben oder gar darauf reduziert werden. Ein Outing „von außen“ schafft Unsicherheit und untergräbt Vertrauen. Wir bitten daher um Ihr Verständnis, dass wir Ihnen an dieser Stelle keine Namen nennen möchten. Mit der Arbeitsgemeinschaft „SPD Queer“ besitzen wir jedoch eine Struktur, in denen sich zahlreiche LSBTIQ*-Mitglieder unserer Partei engagieren und die sich sowohl parteiintern als auch in der Öffentlichkeit für die Belange und Repräsentation von LSBTIQ*-Personen einsetzt.

2. Wie wollen Sie sicherstellen, dass Schüler_innen konkret über Bisexualität aufgeklärt werden?

Die Anerkennung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt muss bereits in Schulen und Kitas auf kindgerechte Weise vermittelt werden. Dazu soll zunächst das Lernmaterial umfassend auf Geschlechterklischees und Diskriminierung überprüft sowie entsprechend angepasst werden. Darüber hinaus legen wir bei den zukünftigen Lehrplänen darauf wert, dass die Akzeptanz von Unterschieden Teil der Wissensvermittlung an Kitas und Schulen wird. Hierzu legen wir besonderen Fokus auf das Angebot des Medienkoffers „Geschlechtervielfalt in Einrichtungen der frühkindlichen Bildung, Grundschulen und Horten“, der diesbezüglich eine inhaltliche Ausweitung erfahren soll. Die Anschaffung von mindestens einem Koffer je Altersklasse pro Landkreis und kreisfreier Stadt ist angestrebt. Weitere Ansätze, wie z. B. peer-to-peer-Projekte werden von uns ebenfalls unterstützt, die Nutzung dieser muss aber flexibel nach der jeweiligen Situation vor Ort erfolgen.

3. *Wie wollen Sie konkret auf menschenrechtsfeindliche Äußerungen und Gruppierungen reagieren? Und wie schützen Sie Bisexuelle vor Hassgewalt?*

Ein großes Problem der letzten Jahre war die zunehmende Äußerung von Hass und Hetze über das Internet, speziell in sozialen Netzwerken. Sachsen-Anhalt muss zu einem Vorreiter im Kampf gegen Hate Speech und Hasskriminalität werden.

Hierzu braucht es zum einen weitergehende Maßnahmen für eine effektive Strafverfolgung auch im digitalen Raum. Digitaler Gewalt wollen wir mit einer Bundesratsinitiative zur Weiterentwicklung des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes, einem Ausbau des Cyber Crime Competence Centers des LKAs sowie der Verankerung des Themenkomplexes in der Aus- und Weiterbildung von Polizei und Justiz begegnen. Es ist zu prüfen, inwiefern das Strafgesetzbuch und das Gewaltschutzgesetz an die digitale Welt angepasst und mit Straftatbeständen wie Cyberbeleidigung ergänzt werden können.

Zum anderen dürfen die Opfer von Hate Speech und Hasskriminalität nicht alleine gelassen werden. Hierzu wollen wir die Beratung, Aufklärung und insbesondere die Opferhilfe durch soziale Einrichtungen und Projekte ausreichend und dauerhaft fördern. Besonders LSBTIQ*-feindliche Taten sollen dabei in Zukunft stärker in den Blick genommen werden, sodass die Angebote besser auf die Betroffenen eingehen können. Die Einrichtung eines Opferhilfefonds ist zu prüfen.

Darüber hinaus wollen wir insbesondere in Sportvereinen als wichtigen gesellschaftlichen Institutionen verstärkt gegen Diskriminierung in allen Facetten vorgehen. Sportförderung darf nicht an Vereine gehen, die Diskriminierung befeuern oder sich selbst diskriminierend verhalten. Im Gegenzug sind Vereine, die Bemühungen gegen Diskriminierung unternehmen, zu unterstützen. Antidiskriminierungskonzepte sollen idealerweise in Zusammenarbeit mit den LSBTIQ*-Interessenverbänden erfolgen.

4. *Welche Aktionen zur Sichtbarmachung von Bisexuellen (Bi-Flaggen-Hissung, Rede im Landtag usw.) können Sie sich für Sachsen-Anhalt vorstellen? Wie soll es umgesetzt werden?*

Wir als SPD beteiligen uns üblicherweise aktiv an den Veranstaltungen des CSDs als zentraler Veranstaltung der Community und werben damit für die Akzeptanz und Sichtbarkeit von LSBTIQ*-Menschen auch in der Öffentlichkeit. Wir unterstützen dabei auch die Teilnahme des Landtages an verschiedenen, Awareness schaffenden Aktionstagen. Die Entscheidung darüber obliegt jedoch nicht uns alleine, sondern ist gegebenenfalls von den Mehrheitsverhältnissen im Landtag abhängig.

5. *Welche Möglichkeiten, die Forschung zum Thema Bisexualität anzukurbeln, sehen Sie im Rahmen der Wissenschaftsfreiheit?*

Sofern der Bedarf beispielsweise für die Einrichtung von Queer Studies-Professuren besteht, stehen wir diesen in den notwendigen Abstimmungen zwischen Politik und Hochschulleitung offen gegenüber. Darüber hinaus können mit der Unterstützung von Stiftungsprofessuren Lösungen zu mehr Forschung auch im Bereich der Bisexualität etabliert werden. Gerne prüfen wir zudem in der kommenden Legislatur, inwiefern sich mittels Förderprogrammen und Stipendienfinanzierung ein Ausbau von Forschungsstrukturen indirekt unterstützen lässt.

6. *Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die politischen Entscheidungsträger*innen in Bundestag und Bundesrat vermehrt auf den Rat von Expert*innen hören, so dass Menschenrechte auch ohne Mahnungen des Bundesverfassungsgerichts umgesetzt werden? (Verbesserung der Blutspenderegulungen, Trans*-Rechte, Schutz im Grundgesetz, Anerkennung von zwei Müttern, Schutz von Inter*-Kindern, Verbot von Konversionstherapien)*

Wir als SPD Sachsen-Anhalt haben uns in der Vergangenheit stets für Vernetzung und Austausch mit der LSBTIQ*-Community eingesetzt; dies wollen wir auch in Zukunft beibehalten und ihre Forderungen im Bundesrat einbringen. Die Abschaffung der diskriminierenden Blutspenderegulungen für Homosexuelle, die Reform des TSG, Aufnahme des Schutzes der sexuellen Identität in das Grundgesetz sowie die Reform des Abstammungsrechts zur Anerkennung von Regenbogenfamilien sind in unserer Bundespartei bereits Beschlusslage. Mit dem „Gesetz zum Schutz von Konversionstherapien“ haben wir darüber hinaus im vergangenen Jahr schon einen deutlichen Erfolg zum Schutz von LSBTIQ*-Menschen erreichen können.

Der Wille zu Verbesserungen und der Austausch mit Expert*innen ist daher für uns kein Problem. Schwierig ist hingegen besonders auf Bundesebene die teilweise deutlich andere Haltung unseres Koalitionspartners. So scheiterte Anfang April dieses Jahrs die von unserer Bundestagsfraktion eingebrachte und längst überfällige TSG-Reform an eben dieser Haltung. Daher sind in den anstehenden Landtags- und Bundestagswahlen ein starkes Wahlergebnis für die SPD und progressive Mehrheiten notwendig. Nur so können in den nächsten Legislaturen umfassende Initiativen zum Wohle der Community umgesetzt werden.